

Beschluss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 31.08.2017

DEMOKRATIE STÄRKEN FÜR EINE OFFENE GESELLSCHAFT!

Deutschland ist in den letzten Jahren freier und offener geworden: Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig konstatieren eine „deutliche Veränderung der politischen Kultur“ hin zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft und der Stärkung demokratischer Milieus. Diese Lust auf Partizipation und bürgerschaftliches Engagement ist auch in Berlin deutlich zu spüren.

Bürgerinitiativen, Bürgerstiftungen, Projekte in den Quartiersmanagement-Gebieten, die enorme Effektivität der Flüchtlingsinitiativen, eine Vielzahl an Volksentscheiden aus allen politischen Ecken, angefangen vom Wassertisch über das Tempelhofer Feld und den Radentscheid bis hin zum Volksentscheid zur Zukunft Tegels. In Berlin wird der demokratische Instrumente-Kasten gerne angenommen. Ein solches Verständnis von vielfältiger Demokratie verweist selbstverständlich auch auf die Zuwanderungen der letzten Jahre: Zu den politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen in der Stadt gehören Migrant*innenorganisationen, Geflüchtete, die vielen Europäer*innen, die nur auf kommunaler Ebene mitwählen können, aber in Initiativen aktiv sind, ältere (noch) nicht-eingebürgerte Menschen der Gastarbeiter*innen-Generation, die oft in den Quartieren eine wichtige Rolle spielen und viele mehr.

Wir wollen dieser vielfältigen Gesellschaft mehr Angebote für eine Beteiligung an politischen Prozessen bieten. Die Verbesserung von Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne ist daher einer der roten Fäden im Koalitionsvertrag. Die bestehenden Strukturen und Verfahren in Berlin zu Beginn der Legislatur hinken der gesellschaftlichen Entwicklung hinterher. Hier hat Berlin einen Nachholbedarf, den wir ernst nehmen und anpacken.

Wir Bündnisgrüne müssen aber leider auch zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Menschen in Berlin und Deutschland nicht länger von der repräsentativen Demokratie überzeugt sind und sich von ihr abwenden. Dies kann rechte Auswüchse wie bei Reichsbürger*innen haben, aber diese Abkehr von der Überzeugung an die Demokratie findet sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und allen politischen Spektren wieder. Einfache und kurzfristige Lösungen gibt es dafür nicht, es ist auch nicht nur ein Thema der politischen Bildung, sondern vielmehr ein Zeichen für die Situation der Gesellschaft unserer heutigen Zeit.

Es geht nicht mehr um Politikverdrossenheit, sondern um die Abkehr von politischen und demokratischen Prozessen. Die einen fühlen sich vom technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen, wie Digitalisierung und Globalisierung, überrannt und damit zurückgelassen. Andere sehnen sich nach einer starken autoritären Führungsperson, die „einmal durchgreift“ und etwas verändert. Und im Zusammenhang mit all dem, erleben wir die Zunahme von Populismus, insbesondere Rechtspopulismus, nicht nur bei uns, sondern in vielen Teilen Europas, wo vermeintlich einfache Antworten auf komplizierte Sachverhalte als Lösung verkauft werden. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016 spricht hier von einer zunehmenden „öffentlichen Artikulation antidemokratischer Parolen“ und einer zunehmenden Akzeptanz von Gewalt seit 2014. Dort wo Straftaten begangen werden, gehören sie konsequent verfolgt. Hass, Hetze und Gewalt ist nicht tolerierbar, seien es gewalttätige Übergriffe auf Minderheiten und wachsende Hasskommunikation, vor allem auch in sozialen Medien.

Auf diese Entwicklung ist bei Straftaten mit guter Polizeiarbeit aber vor allem mit mehr und mit vielfältiger Demokratie zu reagieren: Mit Demokratiebildung, mit einem klaren Nein zu Gewalt und Rassismus und mit einer Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten wollen wir darauf reagieren. Eine Stärkung der Beteiligung führt oftmals zu einer Erhöhung der Akzeptanz politischer Entscheidung und hilft Debatten zu versachlichen. Dafür braucht es professionelle Beteiligungsstrukturen und verbindliche Leitlinien.

Mehr Partizipationsmöglichkeiten für ein engagiertes Berlin

Unsere vielfältige Gesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl an Beteiligungsformen hervorgebracht, die die repräsentative Demokratie ergänzen. Neben direkter Demokratie, Bürgerinitiativen, Protesten und Bewegungen, gibt es eine Vielzahl an dialogischen, partizipativen Formaten von der Beteiligung bei Bauvorhaben über Jugendparlamente bis hin zu Quartiersräten.

Und auch Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiges Element von Demokratie: Engagement ist Mitgestalten und Mitreden, vom persönlichen Engagement z.B. in einer Suppenküche oder einem Nachhilfeprojekt bis zur Mitarbeit in großen Organisationen wie z.B. dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg, der professionelle Arbeit und Ehrenamt, Beratung und politische Lobbyarbeit unter einem Dach verbindet. Gerade die Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen ist ein wichtiges Instrument, um Kompetenzen zu nutzen, die in der Zivilgesellschaft vorhanden sind: Sprach- und Kulturkenntnisse (z.B. wie funktioniert Bürokratie andernorts?) geben den Migrant*innenorganisationen eine Brückenfunktion, die durch nichts zu ersetzen ist. Die freiwilligen Unterstützer*innen der Geflüchteten konnten und können auf Übersetzungskompetenz und ausländerrechtliches Wissen, auf sozialarbeiterische Erfahrung und Strukturen der Migrant*innenorganisationen zurückgreifen, um die enorme Leistung zu bringen, die sie tatsächlich erbracht haben.

Alle Elemente zusammen stärken das Gemeinwesen in einer offenen Gesellschaft: Selbst wer (noch) nicht wahlberechtigt ist, kann sich in deliberativen, dialogischen Formen der Bürgerbeteiligung einbringen und so sein Umfeld mitgestalten. **Zwischen den Wahlen bieten Dialoge die Möglichkeit der Rückkopplung zwischen gewählten Vertreter*innen und den Menschen in unserer Stadt. Gemeinsam wird so die Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöht, das haben Studien aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt.**

Gute Beteiligung braucht klare Strukturen, ausreichend Informationen und gute Moderation des Prozesses. Wir wollen im Land Berlin endlich den Rahmen dafür verankern und begrüßen, dass Berlin verbindliche Leitlinien für die Bürgerbeteiligung erhält. Hierüber kann zum Beispiel festgehalten werden, wann der beste Zeitpunkt ist, was die beste Methode für die Zielgruppe ist, um eine ergebnisoffene Beteiligung durch die Verwaltung oder die Bürger*innen anzustreben bzw. umzusetzen. **Unser Vorschlag ist, die „Leitlinien für die Bürgerbeteiligung“ mit Bürger*innen, Verwaltung und Politiker*innen in einem Konzeptgremium gemeinsam zu erarbeiten. Ziel ist eine lebendige und gelingende Beteiligungskultur.**

So sollen Verfahren nachvollziehbar und niederschwellig aufgebaut sein, um die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sicherstellen zu können. Dabei sollen mehrstufige Beteiligungsprozesse entstehen, versehen mit klaren Prozessdauern und Evaluationsmöglichkeiten. Auch für bezirkliche Beteiligungskultur halten wir derartige Leitlinien für hilfreich, so wie sie erst vergangenen Monat maßgeblich von grüner Seite in der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte angestoßen wurden.

Direkte Demokratie belebt die repräsentative Demokratie, denn sie ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern ein Thema selbst auf die öffentliche und politische Agenda zu bringen. Allein die Debatte, die damit einhergeht, belebt die Demokratie. Studien etwa über die Schweiz haben – auch wenn die Verhältnisse dort ansonsten nicht vergleichbar sind – gezeigt, dass mehr und häufigere Beteiligungsmöglichkeiten die Men-

schen aktiviert und Beteiligungszahlen steigen lässt. **Deshalb wollen wir den diskursiven Teil im Verfahren für Bürgerbegehren und Volksentscheide stärken: Wir fordern ein Recht auf Debatte und Anhörung des Begehrens im Abgeordnetenhaus sowie das Recht auf Nachbesserung des Begehrens im Rahmen des ursprünglichen Sinns.**

Direkte Demokratie gut zu finden, heißt für uns aber nicht, dass wir mit jedem Begehren und jedem Entscheid mitgehen. Beim Volksentscheid Tegel beispielsweise sehen wir die Sachargumente für eine Schließung sprechen und kämpfen in dieser Frage für ein Nein. **Das gehört auch zu einer lebendigen, vielfältigen Demokratie dazu, Sachabstimmungen auf direkt-demokratischen Wege auszuhalten.** Wir nehmen Bürgerbeteiligung, und insbesondere Volksentscheide ernst und erwarten dies auch von allen anderen. Dazu gehört aber auch, dass Volksabstimmungen zu klaren Entscheidungen in der Sache führen und umsetzbar sein müssen. Die Diskreditierung der direkten Demokratie durch Vorspiegelung von Entscheidungsmöglichkeiten, wo durch Bundesrecht oder Eigentumsverhältnisse keine sind, muss durch klare Regeln vermieden werden. Der rechtliche und sachliche Rahmen einer Abstimmungsfrage muss vor Einleitung eines Volksentscheides klar und sauber definiert sein.

Zukunft schaffen: Frühe Demokratiebildung zum Mitmachen

Die Jugendlichen, die jetzt ihren Schulabschluss machen, sind nach 2000 geboren. Sie kennen D-Mark, Mauer und die Zeit vor dem Internet nur aus dem Geschichtsbuch. Diese jungen Menschen werden unsere Gesellschaft und unsere Demokratie von morgen bilden, prägen und gestalten. Die Shell-Jugendstudie 2015 zeigt, dass immer mehr Jugendliche politisches Interesse haben und auch die Bereitschaft zur eigenen Beteiligung an politischen Aktivitäten steigt.

In Berlin ist es bisher, anders als in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein nur in den Bezirken möglich, mit 16 Jahren zu wählen. In der letzten Legislatur wurde die stärkere Beteiligung junger Menschen an Wahlen durch die große Koalition verhindert. Als Fraktion machen wir uns für ein **Gesetz zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre** stark. Von den Fragen der politischen Zukunftsgestaltung sind nachfolgende Generationen häufig am stärksten betroffen. Daher ist es sinnvoll, junge Menschen so früh wie möglich an den Entscheidungen, die sie betreffen, teilhaben zu lassen.

Demokratie ist aber nicht nur Theorie, sondern lebt vom Mitmachen. Wir finden, Schule muss ein Ort werden, an dem Demokratie nicht nur gelehrt sondern auch erfahrbar wird. Dazu möchten wir Schulen ermutigen einen bestärkenden Umgang mit Demokratiebestrebungen ihrer Schülerschaft zu entwickeln. Weil Beteiligung mehr ist als über Ideen zu diskutieren, sondern es um konkrete Mitgestaltung gehen soll, wollen wir beispielsweise die **Schüler*innen bei der Schulsanierung beteiligen. Außerdem wollen wir Schülerhaushalte an den Schulen einführen.** Hierüber können Projekte von Schüler*innen direkt geplant, beschlossen und umgesetzt werden. So kann Demokratie erlebbar gemacht werden.

An vielen Stellen ist Kinder- und Jugendbeteiligung bereits heute gesetzlich vorgeschrieben, z.B. bei Neubauprojekten – diese findet allerdings kaum statt. Es gibt auch viele Diskussionsformate wie das Jugendforum, die den Dialog zwischen Jugendlichen und Abgeordneten organisieren. Bei diesen fehlt es jedoch an Verbindlichkeit und politischer Wirksamkeit. Wir wollen gemeinsam mit den jungen Menschen neue Formate und Ansätze entwickeln, die in einer kinder- und jugendgerechten Form Beteiligung ermöglichen. Hierbei soll auch verstärkt auf digitalgestützte Formate geachtet werden. Ziel muss es sein, dass Kinder- und Jugendbeteiligung bei allen anstehenden Entscheidungen fest verankert ist und immer mitgedacht und durchgeführt wird. Wir als Fraktion wollen den Landesjugendring, Schülervertretungen und andere Jugendselfstorganisationen zu einer **Fachtagung „Jugend bewegt Politik“** einladen.

Für uns Bündnisgrüne ist klar: **Politik muss Unterrichtsinhalt für alle Berliner Schüler*innen sein.** Wir möchten jungen Menschen damit Instrumente an die Hand geben, um die Welt, in der wir leben und ihre Ord-

nung besser zu verstehen und auf welche Art man aktiv an Lösungen für ein gutes miteinander mitwirken kann, um Entscheidungen herbeizuführen und Prozesse voranzutreiben.

Besonders wichtig ist uns hierbei, dass nicht nur Politiktheorie in der Schule mehr Raum findet, sondern auch, dass politische Bildung durch Teilhabe und Verantwortung erlebt werden kann. Das bedeutet besonders, dass Schule ein demokratischer Ort werden muss, in dem Mitbestimmung gelebt wird. Theorie und Praxis müssen besonders bei Demokratiebildung zusammen gehen. In diesem Sinne begrüßen wir das Bestreben der Berliner Schüler*innenschaft ein eigenständiges Fach Politik für alle Berliner Schüler*innen einzuführen, um Politik als Unterrichtsinhalt sicherzustellen. Uns ist dabei eine gute und nachhaltige Umsetzung wichtig. Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, dass wir dazu einen Dialog mit Schüler*innen, Pädagog*innen und Eltern anstreben. Gemeinsam möchten wir Lösungen erarbeiten, damit mehr politische Bildung in der Schule, aber auch speziell im Unterricht realisiert werden kann.

Wir wollen Schüler*innen und jungen Berliner*innen keine passive Rolle in der Politik geben, sondern zeigen, dass sie aktiver Teil sein können. Ein schneller erster Schritt, sollte sein, dass die Senatsverwaltung **dafür Sorge trägt, dass Informationen über alle Beteiligungsformate** zur Verfügung gestellt werden. Sei es über eine Broschüre oder eine Website; die Jugendlichen sollten nicht nur über Beteiligung für Jugendliche informiert werden, sondern etwas über die unterschiedlichen Möglichkeiten von Beteiligung und Mitbestimmung im Bezirk und im Land erfahren – in der Vielfalt von der Einwohner*innenfrage in der BVV bis zur Mitarbeit im Landeschülersausschuss.

Demokratie braucht Lernorte, an denen deutlich wird, wohin die Abwesenheit von Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit führen kann. Wir möchten die Berliner Gedenkstätten, die sich mit der deutsch-deutschen Geschichte auseinandersetzen, stärken und ausweiten. Dabei soll allem der **Campus für Demokratie mit Blick auf das Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution 2019 gestärkt werden.**

Gutes Regieren partizipativ umsetzen

Gutes Regieren ist das Ziel, mit dem wir die Regierungspolitik für unsere Stadt verbessern wollen. Das heißt: den Menschen zuhören, diskutieren, ihr Interesse an der Stadt und ihre neuen Ideen aufgreifen und für die Stadt fruchtbar machen. „Politik auf Augenhöhe“ heißt für uns: Die Kompetenz der Initiativen der Zivilgesellschaft einbinden, politische Prozesse erklären und transparent machen, Menschen mitnehmen bei Veränderungen. **Die grün geleiteten Senatsverwaltungen werden zum Erreichen des Ziels eines besseren Regierens, in ihrem politischen Alltag neue Formate anwenden und versuchen, ihre Politik enger als es bei vergangenen Regierungen der Fall war, mit der gesamten Stadt zu verzahnen.** Beteiligungsformate, wie sie beim Tempelhofer Feld durch unsere Umweltssenatorin weiterentwickelt werden, gehören dazu ebenso wie der Vorstoß der Wirtschaftssenatorin zur Gründung von Bürgerenergiegesellschaften oder die Ausweitung von offenen Daten, um mehr Transparenz herzustellen. Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung bereitet darüber hinaus die Einführung eines zweijährlichen Berlin-Monitors zur Erhebung von Einstellungen der Berliner*innen zu Demokratiezufriedenheit, Akzeptanz, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vor. Die Ergebnisse sollen in die Fortentwicklung des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ einfließen.

Die Möglichkeiten digitaler Technologie bieten viele neue und spannende Potenziale für mehr Beteiligung, erhöhte Transparenz und die Ansprache neuer Gruppen. Dies ist aufgrund der Einfachheit für Mehrsprachigkeit, schnelle Verbreitung und Zugänglichmachung von neuen Angeboten und durch die Ansprache insbesondere junger und migrantischer Gruppen, möglich.

Außerdem geht es um vielfältige technische und organisatorische Aspekte, sowohl an der Schnittstelle zur Verwaltung und neuen E-Government-Angeboten, eine Transparenzinitiative mit offenen und freien Daten, offenen Schnittstellen und einer Stärkung der Informationsfreiheit. **Wir wollen hier zum Open-Data-Portal von Hamburg aufschließen. Wir wollen digitale Beteiligungsprojekte zukünftig aus dem Demokratiefonds**

unterstützen und Erfahrungen aus digitalgestützten Beteiligungs- und Mitentscheidungsprozessen sammeln und bewerten, wie sie in den letzten Jahren vermehrt initiiert wurden, gerade auch aus Berlin heraus. Zudem soll die digitale Weitergestaltung unserer Stadt mit der Digitalstrategie, wie im Koalitionsvertrag unter dem Stichwort „Mein digitales Berlin“ durch einen umfassenden Bürgerdialog online wie offline vorangetrieben werden, um anhand der Bedürfnisse der Menschen in unserer Stadt, die digitale Entwicklung in Berlin weiter voranzutreiben.

Wir wollen eine starke, gut ausgestattete und moderne Verwaltung für Berlin. Denn nur mit einer Verwaltung, die in der Lage ist, Beteiligung umzusetzen, gelingt gute Partizipation. Wir wollen deshalb das Personal in der Berliner Verwaltung stärken, Arbeitsbelastungen reduzieren, Aufstiegsmöglichkeiten bieten, Fortbildungen vorantreiben und den Arbeitsalltag verbessern. **Die Verwaltungsausbildung soll, dem Beispiel Baden-Württembergs folgend, die angehenden Verwaltungsmitarbeiter*innen fit machen für den professionellen Umgang mit den verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung und für partizipative Elemente.** Die Berliner Bezirke sind wesentlich auf diesem Weg, denn hier findet der erste und direkteste Kontakt statt. Wir bekennen uns daher klar zu starken Bezirksverwaltungen, die in eigener Verantwortung die besten Prozesse erarbeiten können, um eine partizipative und gleichberechtigte Entwicklung der Stadt voranzutreiben.

Mit dem Bundesrat verfügen die Bundesländer über ein Organ, das es ihnen ermöglicht, auch auf Bundesebene mitentscheidend Einfluss zu nehmen. Viele dieser Abstimmungen beeinflussen die Bundespolitik maßgeblich, ohne dass die Öffentlichkeit oder die Opposition im selben Maße wie im üblichen parlamentarischen Verfahren informiert wird und damit am Meinungsprozess mitwirken kann. Wir wollen hier eine Transparenzinitiative starten und in weit stärkerem Maße als dies bisher der Fall war, demokratiepolitisch aktiv werden. **Das bedeutet beispielsweise das Stimmverhalten Berlins im Bundesrat oder die Einladung zur Ministerpräsidentenkonferenz zu veröffentlichen.**

Die Öffnung der politischen Entscheidungsprozesse hin zu einer vielfältigeren Demokratie für unsere Stadt wird kein einfacher Weg werden. Wir wollen und werden diese Herausforderung dennoch angehen, denn wir sind überzeugt: Von einer offeneren, partizipativen Demokratie profitieren am Ende alle, auch wir Politikerinnen und Politiker. Berlin und seine Menschen haben viel zu bieten. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um diese Stadt noch lebenswerter zu machen.